

klart, daß die Fehde ein Ende habe, und daß man sich gegen den gemeinsamen Feind wenden müsse. Da wird der Berliner Bärenbund gerade in Niederbayern und Schwaben sehr schlecht ankommen. Solche Siegesnachrichten vor der Schlacht sind wohl nur dazu bestimmt, die Kassenkassette gewisser Leute zu erleichtern und den Hansabund opferfreudiger zu machen.

— Das **Bälou-Jubiläum** feierte am Donnerstag die ihm heute noch getreue Presse; sie erinnerte daran, daß er nunmehr ein Jahr aus dem Amte sei. Dabei kommt aber die historische Wahrheit sehr zu kurz. Das „Berl. Tageblatt“ sagt:

„Ein Jahr seit dem Ausscheiden des Fürsten Bülow liegt hinter uns, und welches ein Jahr! Nichts ist geleistet worden, aber auch nichts! Man nenne uns irgend einen Erfolg, der auch nur im bescheidensten Maße über das nun einmal unvermeidliche „Fortwursteln“ hinausginge.“

Wir antworten mit der bescheidenen Gegenfrage: Was ist denn unter Bülow geschehen? Im Auslande wurden wir isoliert und eingekreist, wir holten uns die Schlappe von Algéciras; im Inlande aber nahmen die Schulden so sehr zu, daß Bülow Anspruch auf den Titel: „Mehrer der deutschen Reichsschulden“ hat und die Reichsfinanzreform erachte er nicht zustande. Für die Wahlreform tat er keinen Schritt und hinterließ nicht eine Zeile, wie er sich die Entlösung der Falsche der Thronrede gedacht hatte. Mit diesen Mißerfolgen kann sich in der Tat das letzte Jahr messen; es hat mindestens den Anfang der Sanierung der Reichsfinanzen gebracht und den Etat in Ordnung gehalten. Man feiere also dieses Jubiläum nicht so laut, sonst müssen wir auch an die 521 Millionen Mark Anleihen erinnern, die Bülow als Liquidationsmasse hinterließ.

— Die **6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes** ist für die Sozialdemokraten ein Stein des Anstoßes geworden. Vom „Vorwärts“ herab bis zur kleinen sozialdemokratischen Winkelpresse sucht man den christlichen Metallarbeiterverband herunterzureißen. Die Zahl der Mitglieder im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande soll dann über allen Schmerz und den eigenen Bankrott hinweghelfen. Nun ist es eine alte Weisheit, daß der einzelne in den Tagen der Not nur von dem Leben kann, was er hat. Da steht aber durch Zahlenmaterial erhärtet fest: Im christlichen Metallarbeiterverbande hat jedes Mitglied viermal so viel Vermögen wie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande. Demgegenüber zeigte sich bei der ersten größeren Bewegung in diesem Jahre, daß trotz seiner größeren Mitgliederzahl beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande die Arbeiterinteressen schmächtig zu kurz kommen. Bei der Bewegung in Wiesfeld im Mai dieses Jahres ließ der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine Resolution annehmen, wodurch die Mitglieder im Falle einer Auslieferung auf Unterstützung verzichteten. O Armut! Für 6000 bis 7000 Ausgesperrte hat der „große deutsche“ Metallarbeiterverband kein Geld mehr. Das Ende der Bewegung war eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit bei der bestreikten Firma Dükkopp. In einer Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter, die sich mit dem schmächtigen Abbrüche des Kampfes befahte, rief man den „Führern“ zu: „Kaus, raus, Arbeiterbeirater, Schult“ usw. Eine Organisation, die gleich zu Anfang der besseren Konjunktur solche „Selbstentlasten“ vorbringt, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, sollte den christlichen Metallarbeiterverband ungeschoren lassen, wenn es ihr auch schwer fällt. Dagegen ist es trotz der grimmigen Bekämpfung seitens der Gegner dem christlichen Metallarbeiterverbande möglich gewesen, in zehn Jahren den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in den Einrichtungen der Welttagleistung und Unterstützung nicht nur zu erreichen, sondern sogar zu überflügeln. Mit annähernd einer Million Mark Vermögen und 27 000 Mitgliedern steht der christliche Metallarbeiterverband heute gefestigt da. Diese gesunde Entwicklung hat es den Gegnern angetan, darum versuchen sie mit allen Mitteln, den 6. Verbandstag herunterzureißen.

— Eine geradezu schamlose Deke treibt die „Freie Zeit“, sie befaßt sich mit den Ausführungen eines konservativen Abgeordneten über die Zündholzsteuer; dieser erklärte nämlich: „Er könne es nicht glauben, daß anlässlich der Finanzreform die Verbetung so weit gediehen sei, daß — wie mehrheitlich behauptet — die Frauen sogar über die geringe Erhöhung der Streichholzpreise erbittert seien, er könne das nicht glauben, wenn er an den Opfermut der Frauen unseres Volkes in früheren Zeiten denke, die ihren schönsten Schmuck, ihr blondes Haar, verkauften, um den Erlös dem Könige zu spenden, damit er seine Soldaten mit guten Waffen versehen könne.“ Dazu schreibt nun die „Freie Zeit“:

„Dieser Veraleich ist eine Maschpemie, denn diesmal handelte es sich nur darum, die Großgrundbesitzer vor einer Erbschaftsteuer zu bewahren.“

Schamloser ist wohl nie gelogen worden, denn die Zündholzsteuer hat mit der Ablehnung der Erbschaftsteuer nichts zu tun. Sie trat an die Stelle der auch vom Freisinn abgelehnten indirekten Steuern auf Gas und Elektrizität und an die Stelle der vom Reichstage herabgesetzten Tabaksteuer. Das freisinnige Blatt muß dies wissen. Ein solches erbärmliches Verhalten kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden!

— Nach der „Täglichen Rundschau“ hat der protestantische Staatssekretär Jylinski in Budapest erklärt:

„In der Bortomäus-Enzyklika Angelegenheit habe die deutsche Diplomatie einen Sieg über die römische Aule davongetragen, der aber bei weitem die Protestanten nicht befriedigte und ihnen nicht zur vollen Genugung diene. Der Evangelische Bund in Deutschland setzte denn auch die Agitation fort, an der sich andere protestantische Länder beteiligten. Erst jüngst seien auch die Protestanten Ungarns aufgefordert worden, sich der Bewegung anzuschließen, und der Koloszar Zwischenfall sei vollkommen geeignet, dieser Aufforderung Nachdruck zu verleihen.“

Von wem ging diese Aufforderung aus? Wohl vom Evangelischen Bunde?

#### Oesterreich-Ungarn.

— Die Wendungen in Ostasien haben in Wien nicht erbaud. So lange der russisch-japanische Gegensatz in seiner

Schärfe bestand, war die Aktionsfähigkeit Rußlands im nahen Orient gelähmt und damit die Gefahr von europäischen Vertiefungen infolge der ewigen Balkanankereien so ziemlich ausgeschlossen. Jetzt hat sich aber Rußland durch sein Abkommen mit Japan den Rücken im äußersten Osten gedeckt und kann demzufolge seine ganze Kraft auf dem Balkan einsetzen. Offen gibt man zu, daß der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages als der Gegenstückung Zwölffis auf die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in den österreichisch-ungarischen Staatskörper zu betrachten ist, und die Oberhand im Spiele nicht mehr Graf v. Aehrenthal, sondern Zwölffis hat. Daß aber der letztere zu einem solchen Einvernehmen mit Japan gelangen konnte, ist nicht Schuld des gegenwärtigen österreichischen Ministers des Aeußern, sondern seines Vorgängers, der, anstatt das ihm angebotene Bündnis mit Japan anzunehmen, lieber das Müßsteger Abkommen mit Rußland traf, das der letzteren Macht angeht des drohenden Waffengang mit Japan den Rücken in Europa deckte und Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan matt setzte. Trotz aller Dementis ist es in hiesigen diplomatischen Kreisen ein offenes Geheimnis, daß es dem Grafen Goluchowski seinerzeit ein leichtes gewesen wäre, entweder mit Japan einen Geheimvertrag gegen Rußland abzuschließen oder aber von Rußland die Zustimmung zur Annektion der Okkupationsländer als Preis für die Rückendeckung gegen Japan zu verlangen. Das schwere Versäumnis, dies nicht erzielt zu haben, ist auch der Hauptgrund für den Rücktritt des Grafen Goluchowski gewesen. Daß der russisch-japanische Vertrag sicher nicht dazu beitragen wird, die ohnehin nicht erquicklichen Beziehungen zwischen Petersburg und Wien angenehmer zu gestalten, versteht sich von selbst. Man sieht der für Ende Juli in Aussicht genommenen Begegnung des neuen deutschen Staatssekretärs des Aeußern mit dem Grafen v. Aehrenthal, auf dessen böhmischer Festung mit großer Spannung entgegen und verheißt sich nicht, daß die weltpolitische Lage sich wiederum bedenklich verüstert hat.

— **Terrorismus im Lehrerstande.** Ein österreichischer Lehrer schreibt uns:

Es ist hoch an der Zeit, daß man sich mit aller Energie gegen einen Uebelstand innerhalb der Lehrerschaft wendet, der leider nur zu wenig der großen Öffentlichkeit bekannt ist: Wir meinen den unerhörten Terrorismus, den die freisinnige Lehrerschaft und ihre Organisationen gegenüber jenen Standesgenossen übt, die sich zu ihren freisinnigen Ideen nicht bekennen wollen. Nicht nur, daß man katholisch und gut christlich denkende Lehrer und Lehrerinnen in die dem christlichen Volke gegnerischen Organisationen, die freisinnigen Lehrervereine, den deutsch-österreichischen Lehrerbund, mit aller aller Gewalt hineindrängt, man sucht die katholisch denkenden Standesgenossen auch zum Beitritt zu der ihrem Denken und Fühlen so ganz widerprechenden „Freien Schule“ zu zwingen. Kaum hat die junge Lehrkraft ihre Birkenzeit begonnen, so bestirmt man sie bereits mit der Frage: Sind Sie schon Mitglied der „Freien Schule“? Erfolgt eine verneinende Antwort, wird dem betreffenden so lange zugehört, bis er sich, um nur endlich Ruhe zu haben, zum Beitritte bereit erklärt. Wie schwer ist es einem charaktervollen Manne oder einer charaktervollen Frau, gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit einem Vereine beitreten zu müssen, dessen Mitgliedschaft bereits eine arge Verletzung der beschworenen Pflicht in sich schließt. Dem Armen bleibt aber nichts anderes übrig, da er sich sonst der Schikane von seiten der Vorgesetzten und seiner Kollegen nicht erwehren kann. Die freisinnigen Lehrer halten es eben mit den Sozialdemokraten: Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein! Würde der unerhörte Terrorismus, der heute im Lehrerstande herrscht, aufgehoben, dann würde man die große Zahl derer wahrnehmen können, die nur wider Willen und gezwungen der „Freien Schule“ und den freisinnigen Lehrervereinen angehören. Pflicht aller maßgebenden Faktoren wäre es, diesen Terrorismus, der nicht zum wenigsten von den Vorgesetzten ausgeht, die ihre Gewalt mißbrauchen, endlich einmal abzustellen und den katholisch denkenden Lehrern und Lehrerinnen die Gewissensfreiheit, die jedem österreichischen Staatsbürger durch das Gesetz gewährleistet wird, zu wahren. Das katholische Volk, das doch durch seine Steuern den Lehrern zu ihrem Lebensunterhalte verhilft, muß sich einmal auf das entschiedenste gegen eine solche Drangsalierung der seinem Denken und Fühlen nahestehenden Lehrkräfte aussprechen!

#### Holland.

— In Holland hat man die „neutrale Staatsschule“, die sich nach dem Dogma des holländischen Lehrerbundes frei zu halten hat von allen politischen und religiösen Dogmen. Nun ist dort die langersehnte Prinzessin geboren worden und das ganze Land feierte frohe Feste. Aber ein Teil der Lehrer weigerte sich, „Oranienlieder“ in der Schule einzuläuden, wirkte aber bei einem Feste durch Einübung von Liedern mit, das von antikonarisch Gesinnung veranlaßt war. Der Lehrerbund trat für den Widerstand gegen die Einübung der vaterländischen Lieder in der Schule ein aus rein pädagogischen Gründen. Aber das holländische Volk glaubt das nicht, sondern sieht die Stellung des Lehrerbundes gegen die Juliana-Feiern (die kleine Prinzessin heißt Juliana) als einen Ausfluß der sozialdemokratischen Strömung im Lehrerverein an.

#### England.

— Bei der Verhandlung des Unterhauses über den Flottenhaushalt von 3 444 000 Pfund Sterling beantragte der Nationalist Dillon eine Herabsetzung um 2 Millionen Pfund Sterling. Dies würde in keinem Falle die Sicherheit des Landes gefährden. Der Redner bemühte sich weiter zu zeigen, daß der Fall, der den Bau von vier weiteren Dreadnoughts rechtfertigen sollte, nicht eingetreten sei. Diese Dinge würden auf die deutsche Regierung einen starken Eindruck machen. Auch nicht ein Wort der Rechtfertigung sei von der Regierung vorgebracht worden, soweit Deutschland in Betracht komme. Oesterreich und Italien in Rechnung ziehen zu wollen, sei lächerlich. Italien sei im Begriffe, gegen Oesterreich Schiffe zu bauen. Das österreichische Parlament habe noch nicht einen Pfennig für einen Dreadnought bewilligt. — Asquith antwortete auf die Rede Dillons und sagte: Deutschland habe seine eigene

Politik zu verfolgen und seine Interessen zu wahren. Es ist eine große Weltmacht, hat weitestfernte Kolonien und sendet unablässig seine Söhne und Töchter in die fernsten Weltteile. Sein Handel wächst überall, die deutschen Staatsmänner und das deutsche Volk glauben ehrlich und haben ein Recht zu glauben, daß sie ihre Stellung als große Weltmacht nicht behaupten und ihre vielfachen und beständig wachsenden Interessen in allen Weltteilen nicht ohne Vergrößerung ihrer Flottenmacht verteidigen können. Asquith bedauere, daß der Name Deutschland so häufig in diesen Erörterungen genannt werde, aber es wäre genau das selbe gewesen, wenn die Flottenvermehrung in Frankreich Platz gegriffen hätte, mit dem England in den engsten und herzlichsten Freundschaftsbeziehungen stehe. Die Regierung müsse das Schiffsbauprogramm der Welt im Auge behalten und jedes mögliche Risiko in ihre Rechnung aufnehmen und dürfe niemals die Sicherheitsreserve opfern, durch die allein die Sicherheit des Handels und des Reiches erhalten werde. Es bedeute keinerlei Feindseligkeit gegen Deutschland, daß die Regierung den deutschen Schiffsbau als denjenigen Faktor ansehe müsse, der in den letzten Jahren für die Vergrößerung dieser Sicherheitsreserve von maßgebender Bedeutung geworden sei. Asquith habe von den Erklärungen der deutschen Regierung, wonach künftighin keine Beschleunigung im Flottenbau mehr Platz greifen solle, gebührend Kenntnis genommen. Vor drei oder vier Jahren sollte die Bauperiode für ein solches Schlachtschiff durchschnittlich 36 bis 40 Monate betragen. Jetzt schwanken die Bauzeiten von fünf deutschen Dreadnoughts zwischen 2 Jahren 2 Monaten und 2 Jahren 9 Monaten. Asquith gab sodann eine Uebersicht über den Stand und die zukünftige Entwicklung der deutschen und englischen Dreadnoughts, wonach im Frühjahr 1913 England 25 und Deutschland 21 Dreadnoughts besitzen wird. Asquith fuhr fort: Es sei die Frage einer Art von Verständigung zwischen den Nationen von der deutschen Nation aufgeworfen worden. Er wünsche, daß dies möglich wäre. Die deutsche Regierung hat uns mitgeteilt, daß ihr Vorgehen in der Angelegenheit durch einen Akt des Reichstages, durch das Flottengesetz, geleitet werde, das Jahr für Jahr automatisch weitergeht. Wenn es möglich wäre, durch eine Verständigung zwischen den beiden Völkern selbst jetzt das Baumag zu verringern, so würde niemand darüber mehr erfreut sein, als die britische Regierung. Wie das Haus weiß, haben wir uns der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit genähert, aber sie hat sich außerstande gesehen, irgend etwas zu tun, und sie würde nichts tun ohne einen Akt des Parlamentes, der das Flottengesetz widerruft. Sie erklärt uns ohne Zweifel der Wahrheit gemäß, daß sie nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland haben würde. Es würde die britische Regierung mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen, wenn sie das Maß des Baues dieser notwendigen Kriegsmittel verringern und das Geld für die Wohlfahrt und die Fortschritte des Volkes verwenden könnte. Der Antrag Dillon auf eine Herabsetzung des Etats wurde schließlich mit 298 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Der Etat wurde sodann angenommen. — Es fällt der ruhige und sachliche Ton angenehm auf, den Asquith in seiner Rede eingehalten hat. Allem Anscheine nach will König Georg mit Deutschland im besten Einvernehmen sein.

#### Spanien.

— In einem englischen Blatt äußert sich eine hervorragende diplomatische Persönlichkeit folgendermaßen: Man gibt vor, daß der Vatikan die Verhandlungen hinzuschleppen wüßte. Dies ist aber unwar. Sind doch die Verhandlungen in der Absicht veranlaßt worden, das Konkordat den modernen Anschauungen anzupassen. Der Vatikan hat daher kein Interesse, die Erörterungen hierüber zu verlängern, eher das Gegenteil. Es ist gerade Canaleja, der die Verhandlungen unterbrochen und in die Länge ziehen will, indem er immer wieder Zwischenfälle hervorruft. Die spanischen Zeitungen, die auf Seite Canalejas stehen, tun überrascht, weil der Vatikan noch nicht gegen die Aufhebung des religiösen Eides protestiert habe und legen dies im Sinne einer Verzagttheit des Vatikans aus. Die Wahrheit ist, daß der Vatikan nicht gegen die Aufhebung des Eides zu protestieren brauchte, da dieselbe nicht das Konkordat berührt. Hätte man den katholischen Eid durch einen herätischen ersetzt, dann hätte der Vatikan das Recht gehabt zu protestieren, da hierdurch das Konkordat verletzt worden wäre. So aber steht es der spanischen Regierung frei, die Eidesformel aufzuheben oder aufrecht zu erhalten. Der Vatikan kann nichts anderes tun, als diese Maßregel hief zu bedauern, die von einem antireligiösen Geiste Zeugnis ablegt. Die spanische Regierung weiß auch, daß der Vatikan mit gewissen Maßnahmen einverstanden ist. So bewilligt er es, daß Kongregationen, die Industrie besitzen, Steuern zahlen. Der Vatikan kann sich jedoch nicht mit der Aufhebung der Stellung des Katholizismus als Staatsreligion einverstanden erklären. Damit wäre auch der konfessionelle Unterricht gefährdet. Was den Anwurf Canalejas und seiner Anhänger betrifft, daß die spanischen Bischöfe in die Verhandlungen mit der Agitation unter den Katholiken eingegriffen hätten, so haben diese Klagen im Vatikan nur bittere Ironie ausgelöst. War es doch gerade Canalejas, der als erster die Verhandlungen störte, indem er konkordatswidrige Dekrete heraus gab.

#### Montenegro.

— Auf eine vertrauliche Anfrage Montenegros erwiderte das französische Auswärtige Amt, nachdem es mit den übrigen Großmächten Fühlung genommen hatte, daß es gegen die Erhebung des Fürstentums zum Königreich keine Einwendungen zu machen habe. Trotz der Ablehnung der Regierung Montenegros, die das Projekt geheimhalten will, solange seine Verwirklichung nicht sicher ist, dürfte es Mitte August bekanntgemacht werden.

#### China.

— Die Kämpfe bei Macao. Das Feuer des von Macao entsandten Kanonenbootes hat die Chinesen aus dem Fort Coloman vertrieben. Das Kanonenboot brachte zwei Dschunken mit flüchtenden Chinesen zum Sinken. Alle Chinesen ertranken. Auf der Reede von Macao wohnten sieben chinesische Kanonenboote den Kämpfen bei. Die chinesische Regierung postierte auf der Insel Wung-Kum bei Coloman 1200 Soldaten, welche die Entwicklung der